

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/16

24. Januar 1977

Konsolidierung ist Aufgabe Nummer eins

Was haben die Bürger von der Finanzpolitik zu erwarten?

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen

Seite 1 und 2 / 73 Zeilen

Berlins Lebensfähigkeit bleibt erhalten

Zur Sitzung der Arbeitsgruppe Berlin beim SPD-Vorstand

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Generelle Rentenbesteuerung - die Alternative der CDU

Warum reklamiert die Union die Urheberschaft für diese Pläne nicht für sich?

Von Hans Schweitzer MdL
Stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für
Arbeitnehmerfragen der SPD und Sozialpolitischer Spre-
cher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 5 und 6 / 42 Zeilen

Chefredaktor: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 30/39
Telex: 08 88 049-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 106-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Konsolidierung ist Aufgabe Nummer eins

Was haben die Bürger von der Finanzpolitik zu erwarten ?

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen

Vorrangige Aufgabe der Finanzpolitik wird auch in der vor uns liegenden Legislaturperiode die Konsolidierung der Staatsfinanzen sein. Denn eine solide Finanzpolitik bleibt die entscheidende Voraussetzung für die ökonomische und soziale Stabilität in unserem Lande. Nur wenn es gelingt, den bisherigen Kurs unserer Finanzpolitik beizubehalten, werden wir den Handlungsspielraum zur Bewältigung ungelöster Probleme gewinnen.

Wie ist die Ausgangslage? Mit einer konsequent auf die Überwindung der weltwirtschaftlich bedingten Rezession angelegten Finanzpolitik haben wir die Basis für einen tragfähigen wirtschaftlichen Wiederaufschwung geschaffen. Dafür mußten wir hohe Haushaltsdefizite in Kauf nehmen. Mit dem durch diese Politik Erreichten können wir im Gesamtergebnis zufrieden sein. Das Wirtschaftswachstum lag im abgelaufenen Jahr bei 5,6 vH und wird in 1977 voraussichtlich nicht niedriger sein. Auch unsere Stabilitätspolitik war erfolgreich. Mit einer Preisaufwertungsrate von gegenwärtig unter vier vH liegen wir international an günstigster Stelle.

Hauptsorge bleibt nach wie vor die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Ihr Abbau ist trotz der wirtschaftlichen Belebung nicht in dem Maße erfolgt, wie es wünschenswert gewesen wäre. Diese Tatsache beweist die Tiefe der hinter uns liegenden Rezession und die strukturellen Veränderungen, die sich als Spätfolge dieser Rezession bemerkbar machen.

Die Struktur der Arbeitslosenzahlen zeigt auch, daß nur mit gezielten Maßnahmen eine dauerhafte Besserung der Arbeitsmarktsituation zu erreichen ist. Kurzfristige Konjunkturmaßnahmen werden hierzu nicht ausreichen. Die Bundesregierung hat deshalb die Vorbereitung eines mehrjährigen Infrastrukturprogramms angekündigt, mit dessen Hilfe die mittelfristigen Wachstumsaussichten für unsere Volkswirtschaft verbessert werden sollen. Daneben werden wir in den nächsten Jahren mehr noch für die Bewältigung der Folgen des Strukturwandels und die Modernisierung unserer Volkswirtschaft tun müssen. Weiter kommt natürlich den staatlichen Vorsorgemaßnahmen - also der Gewährleistung sozialer, äußerer und innerer Sicherheit sowie einer ausreichenden Energie- und Rohstoffversorgung - unverändert hohe Bedeutung zu. Aufgrund unserer starken weltwirtschaftlichen Verflechtungen müssen wir zu diesen unverzichtbaren staatlichen Aufgaben immer mehr auch die zunehmenden Verpflichtungen gegenüber der EG und der Dritten Welt rechnen. Im Übrigen: dort, wo es möglich und notwendig ist, werden wir auch weiterhin die berufliche Bildung, die Umschulung und die

Mobilität der Arbeitnehmer fördern müssen. Ganz abgesehen von jenen Verpflichtungen, die die Erhaltung unserer inneren, äußeren und sozialen Sicherheit mit sich bringen.

Dies alles ist nicht umsonst zu haben. Um so wichtiger wird es sein, bei der anhaltenden Enge der staatlichen Finanzen den notwendigen finanziellen Spielraum für die Bewältigung dieser wichtigen Aufgaben zu schaffen. Dies bedeutet in erster Linie äußerste Zurückhaltung bei der Übernahme zusätzlicher Leistungsverpflichtungen gegenüber unseren Bürgern. Kostspielige Zusagen und Versprechungen für die Bürger verbieten sich damit für diese Legislaturperiode fast von selbst. Und nicht nur das: Wir werden auch bereit sein müssen, bisherige finanzielle Leistungen des Staates an bestimmte Gruppen dort zu überprüfen, wo sie ihre ökonomische Berechtigung verloren haben. Hier darf es keine Tabus geben. Wenn gewährte Subventionen ihren Zweck erreicht haben, dann müssen die dafür aufgewendeten Mittel nunmehr auf andere Ziele umgelenkt werden. Dies gebietet nicht nur die ökonomische Vernunft, sondern auch die soziale Gerechtigkeit.

Der Spielraum für generelle staatliche Wohltaten ist damit für die vor uns liegenden Jahre außerordentlich gering. Das schließt jedoch nicht aus, daß wir dort, wo der Schuh besonders hart drückt, finanzielle Erleichterungen schaffen werden. Die Regierungserklärung hat deshalb auch eine Verbesserung des Kindergeldes für Familien mit mehreren Kindern, steuerliche Erleichterungen für Geschiedene sowie eine Anhebung der Sonderausgabenhöchstbeträge angekündigt. Darüber hinausgehende steuerliche Erleichterungen und Leistungsverbesserungen werden allerdings nicht möglich sein.

Schon die in Aussicht genommenen steuerlichen Erleichterungen kosten eine Menge Geld. Ohne eine Anhebung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 wird deshalb auch hier nichts gehen. Die Anhebung der Mehrwertsteuer ist jedoch nicht nur Voraussetzung für die Finanzierung steuerlicher Erleichterungen an anderer Stelle. Der überwiegende Teil der mit ihr verbundenen Mehreinnahmen muß zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte dienen. Nur auf diesem Wege werden wir bei gleichzeitiger Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten die im Herbst 1975 begonnene Haushaltskonsolidierung konsequent weiterführen können. Ich bin überzeugt davon, daß dies die Bürger genauso sehen. (-:24.1.1977/va/hgs)

+ + +

Berlins Lebensfähigkeit bleibt erhalten

Zur ersten Sitzung der Arbeitsgruppe Berlin beim SPD-Vorstand

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin

Die Sozialdemokraten in Berlin und in Bonn haben sich viel vorgenommen: 1977 soll ein "Berlin-Jahr" der SPD werden. Die Berliner Sozialdemokraten haben unlängst alle Berliner zu einem Gespräch über die Zukunft der Stadt eingeladen. Dazu ist der Öffentlichkeit eine Ausarbeitung vorgelegt worden, die inzwischen weithin als Gesprächsgrundlage akzeptiert worden ist und eine breit angelegte Diskussion über die Perspektiven unserer Politik für Berlin in Gang gesetzt hat.

Am Beginn dieser umfassenden Debatte kann eine weitgehende Übereinstimmung über zwei wesentliche Rahmenbedingungen festgestellt werden:

- 1/ Das Viermächte-Abkommen über Berlin bietet auf lange Zeit die Grundlage dafür, die Zukunft der Stadt in Freiheit und in Frieden weiterzuentwickeln. Das Abkommen muß in allen seinen Teilen und von allen Beteiligten strikt eingehalten und voll angewendet werden. Dies gilt gerade auch angesichts der jüngsten Versuche der DDR-Führung, das Viermächte-Abkommen über Berlin systematisch auf seine Belastbarkeit durchzutesten.
- 2/ Die Lebensfähigkeit West-Berlins ist und bleibt gewährleistet durch seine Zugehörigkeit zur Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Alle unsere Bemühungen zielen darauf ab, diese Bindungen zu festigen und auszubauen.

Neben eine klare Aussage über den Rahmen, in dem sich die Entwicklung der Stadt zu vollziehen hat, gehört die Beschreibung der Zielvorstellungen, an denen die Arbeit in Berlin orientiert sein sollte.

Nach dem Willen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß jede Berlin-Politik auch in Zukunft an der nationalen Aufgabe orientiert sein,

die diese Stadt als Mittelpunkt für alle Deutschen wahrzunehmen hat. Und ich füge hinzu: Sozialdemokratische Politik für Berlin muß orientiert sein an unseren Grundwerten, also an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Aus diesen Feststellungen ergeben sich die Schwerpunkte der angelaufenen Diskussion: Es geht um die Festigung und Weiterentwicklung der Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland, es geht um neue Impulse in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie um Probleme der Stadtentwicklung.

In Berlin ist dankbar zur Kenntnis genommen worden, daß Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung besondere Anstrengungen zur Ankurbelung der Berliner Wirtschaft angekündigt hat. Es besteht zwischen Senat und Bundesregierung eine nahtlose Übereinstimmung in dem Bestreben, die Unternehmen und die Wirtschaftsbetriebe in Berlin voll zu entfalten und zusätzliche produktive Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen.

Am kommenden Montag tritt nun im Rathaus Schöneberg die Berlin-Kommission des Parteivorstandes der SPD zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

Ihre Einrichtung ist ein Hinweis für den Stellenwert, den die Berlin-Politik für die SPD nach wie vor hat. Es geht darum, über die Arbeitsgruppe des Parteivorstandes die Möglichkeiten, die die SPD in Deutschland und in Europa hat, verstärkt für die Weiterentwicklung der Lebensfähigkeit Berlins einzusetzen. Die Zusammensetzung der Kommission bietet die Gewähr dafür, daß Ideen, Anregungen und Sachverstand in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im weiteren Verlauf der Arbeit aufgegriffen und in praktische Regierungstätigkeit einfließen können.

Ich bin sicher, daß am Ende der in Berlin und in der Bundesrepublik insgesamt geführten Diskussion eine positive Bilanz zum Wohle Berlins und seiner Bürger gezogen werden kann.

Klaus Schütz
(-/24.1.1977/vo/ben)

+ + +

Generelle Rentenbesteuerung - die Alternative der CDU

Warum reklamiert die Union die Urhebererschaft für diese Pläne nicht für sich ?

Von Hans Schweitzer

Stellv. Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD und Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

"Die Renten werden ab Mitte der 80er Jahre möglicherweise wie alle Arbeitnehmereinkommen der Lohnsteuer unterworfen. Das deutete Bundeskanzler Helmut Schmidt am Freitag in der Bundestagsdebatte in der Regierungserklärung an." Derartige Formulierungen standen in zahlreichen Zeitungen vom vergangenen Wochenende, und nicht selten wurde die Idee einer künftigen Rentenbesteuerung nicht nur dem Kanzler, sondern auch noch der SPD oder der Koalition zugeschrieben. Dies ist schlichtweg falsch und der offensichtliche Versuch, so zu tun, als gehöre die generelle Rentenbesteuerung zum "Rentenpaket" der Koalition oder der Bundesregierung.

Seltsamerweise hat die Bonner CDU/CSU-Propagandamaschine den falschen Eindruck, die Rentenbesteuerung sei eine Idee des Kanzlers oder der Koalition, bis heute im Raum stehen lassen, obwohl es sich in der Tat um die bisher einzige konkret sichtbare Alternative der CDU in der Rentendiskussion handelt. In der aktuellen Situation hatte sich zunächst nämlich der rheinland-pfälzische Sozialminister und Vorsitzende des sozialpolitischen Bundesausschusses der CDU, der voraussichtliche Biedenkopf-Nachfolger Heinrich Geißler, bereits Anfang November bei einer Diskussionsveranstaltung eines katholischen Gesprächskreises in Mainz für eine generelle Rentenbesteuerung ausgesprochen. Er tat dies auch in einem Interview in der Wochenzeitung "Die Zeit", das unter der Überschrift "Die Rentner belasten" erschienen ist. Dort hat Geißler sich nicht nur für eine Beteiligung der Rentner an den Krankenversicherungskosten, etwa nach den früheren Vorstellungen der FDP, eingesetzt, sondern auch für ein Aufgreifen des "bisher ungelösten Problems

der steuerlichen Behandlung von Altersbezügen". Im Klartext hieß das, an eine generelle Rentenbesteuerung zu denken.

In der gegebenen Situation ist nichts dagegen einzuwenden, daß auch solche Überlegungen angestellt werden, und es ist ausgesprochen zu begrüßen, daß sie auch öffentlich ausgesprochen werden. Deshalb war es wichtig und konsequent, als der Bundeskanzler in der Debatte anerkannte, daß der frühere Bundesminister Katzer die Rentenbesteuerung öffentlich andeutete und dabei die Bereitschaft der Regierung bekundete, über solche Vorschläge ernsthaft nachzudenken und zu diskutieren. Nur: Wenn jetzt der Anschein erweckt werden soll, als seien Sozialdemokraten, ihr Kanzler oder ihre Bundesregierung Urheber dieser christdemokratischen Alternative, dann muß dies in aller Deutlichkeit zurückgewiesen werden.

Daß in aller Sachlichkeit über die Besteuerungsvorschläge der CDU gesprochen werden kann und muß, hat der Kanzler dargetan. Gerade deshalb ist es jetzt aber unzulässig, ihm die Unions-Vorschläge anzudichten, um eine zusätzliche Verunsicherung der Öffentlichkeit und der Rentner zu erreichen. Die Urheber in der Union sollten die Urheberrechte ruhig für sich reklamieren. Und der Presse wäre zu danken, wenn sie dies in angemessener Weise auch publizierte.

(-/24.1.1977/va/1a)

+ + +